

ausreißer

Die Grazer Wandzeitung

2013



Foto: istock.com/mod.

STREIK!

Ausgabe #50

zur 50. ausgabe: streik

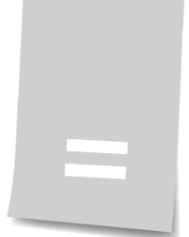
TEXT
ausreißer-Redaktion

Die 50. Ausgabe des **ausreißer** hängt vor Euch, liebe Leserinnen und Leser. Den Bestand und die Präsenz dieser Zeitung macht nicht zuletzt Ihr möglich – Euer reges Interesse, Eure Teilnahme am Kommunikationsprozess in diesem und um dieses Medium, aber vor allem der Wunsch und die Forderung nach der dringend notwendigen kritischen Alternative zu konservativen und rechtslastigen Mainstreammedien, das Eintreten für und die Rezeption von Inhalten und Hintergründen, Ausdrucks- und Erkenntnisformen, kurzum Information und Auseinandersetzung, die weit über die Normen und Einseitigkeit, wie sie aus der Ödnis der vorhandenen Medienkonzentration resultieren, hinausreichen. Dafür ein großes Danke!

„Man hat das neoliberale Prinzip so sehr verinnerlicht, dass all das, was möglich ist, in die Lächerlichkeit einer Utopie verwiesen [...] wird.“

Gleichzeitig ist jedoch – wohl noch massiver als vor über neun Jahren, als der **ausreißer** aus Protest gegen ebendiese Zustände am Mediensektor

gegründet wurde – Widerstandskraft und Durchhaltevermögen mehr denn je notwendig. Unter anderem deshalb haben wir für diese Jubiläumsausgabe das Thema *Streik* gewählt. Angesichts der Umstände wären wir am liebsten selbst in einen solchen getreten. Anlässe dafür gibt es genug, nicht zuletzt die immer prekärer werdenden Arbeitsbedingungen, die gerade die MitarbeiterInnen an einem Non-Profit-Medium wie diesem besonders hart treffen. Von gerechter Bezahlung und sonstigen arbeits- und sozialrechtlichen Absicherungen keine Spur. Der **ausreißer** kann – da er im Sinne größtmöglicher Unabhängigkeit auf Anzeigenschaltung verzichtet und sich ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanziert – einzig aufgrund des Engagements aller Beteiligten erscheinen, die jedoch gezwungen sind, unter großem Druck und unter genau jenen prekären Verhältnissen zu arbeiten, gegen die wir von Beginn an anschreiben und publizieren. Ein Pressefördergesetz, das an Auflagen- und damit Verkaufszahlen gebunden ist (nicht aber an inhaltliche Qualität) und ausschließlich jene begünstigt, die ohnehin die höchsten Profite erzielen, trägt dazu bei und hat auch den generellen Mangel an Qualitätsmedien in Österreich mitzuverantworten. Dass dann mitunter noch politisch eins drauf gesetzt wird, wenn diverse „Sonderzahlungen“ für Artikelserien an die auflagenstärksten Tageszeitungen gehen, sei ebenfalls angemerkt. So etwa, als letztes Jahr vom Land Steiermark jeweils 150.000 Euro an *Kleine* und *Kronen Zeitung* verteilt wurden. Diese Extra-Förderung floss bei der *Kleinen Zeitung* in die Aktion „Kinder machen Zeitung“ – warum diese nicht aus den 465 Millionen Euro Umsatz, die der Herausgeberkonzern *Styria* jährlich erwirtschaftet und den paar



Millionen Presseförderung, die er zusätzlich erhält, zu finanzieren ist, scheint mehr als rätselhaft. Die *Krone* lieferte dafür eine vierteilige „Reportage“-Serie über die Errungenschaften der rot-schwarzen „Reformpartnerschaft“ unter dem Titel „Reformpioniere“, die ob der mangelnden Kennzeichnung vom Österreichischen Presserat als Verstoß gegen die Punkte 3 und 4, also Unterscheidbarkeit und Einflussnahmen, der Grundsätze für publizistische Arbeit verurteilt wurde. Aufgemacht wie eine Reportage, lediglich mit dem kleinen Zusatz „Eine Serie von ‚Krone‘ und Land Steiermark“ versehen, wurde jedesmal eine Huldigung der Koalition ins Blatt gesetzt.

Dass hingegen Kultursubventionen in der Höhe von wenigen tausend Euro für die Produktion eines ganzen Mediums zeitaufwändiger Antrags- und Abrechnungsverfahren bedürfen, Gelder mit erheblichen Verzögerungen überwiesen werden, dass in unserer Redaktion bis heute keine einzige Vollzeit- oder auch nur Halbtagsstelle finanzierbar ist – all das lässt uns sehr wohl an Streik denken.

In diesem Fall hätten Sie, hättet Ihr nun eine weiße Wand vor Euch. Warum dem nicht so ist? Streik ist ein Thema, das in Österreich kaum aufs Tapet gebracht wird. In Griechenland und Spanien streikten und streiken Hunderttausende, in Österreich können Streikzeiten in Minuten gezählt werden – und das nicht etwa, weil die Bedingungen so rosig wären ... In Frankreich ist das Recht auf Widerstand integraler Bestandteil der Verfassung.

Medien hier ignorieren Streiks hingegen weitestgehend. Über kurze Meldungen geht die Berichterstattung nur in den seltensten Fällen hinaus. Derlei heiße Eisen lässt man gerne links liegen und möglichst unerwähnt, vor allem jedoch unterbleibt die Vermittlung größerer Zusammenhänge. Daher wollten wir zu allererst die brennenden Fragen und Zugänge, die zu diesem Thema so oft unerwähnt bleiben, an die Wände plakatieren.

Von Erfolgen hört und liest man erst recht kaum etwas, könnte ja selbst in unseren Breiten mal NachahmerInnen finden ... Streiken – das entlockt hierzulande maximal ein überraschtes „Na dürfen’s denn das?“ Erst recht und ganz besonders, wenn es sich wie gerade eben bei den Protestierenden um

Flüchtlinge handelt – denn die dürfen hierzulande tatsächlich so ziemlich gar nichts, nichtmal arbeiten ... Paradox genug, für dieses Recht streiken zu müssen ... Besonders über ihren mutigen Einsatz wollten und konnten wir nicht schweigen, gerade weil darüber mit so viel Zynismus und so wenig Wissen und Verantwortung berichtet wird. (Siehe dazu die Reportage *„Und diesmal hören wir nicht auf“* in dieser Ausgabe.)

Wie erfolgreich hartnäckige Proteste sein können, zeigte sich vor einiger Zeit in Griechenland – dort gab es in den letzten Jahren aufgrund der unzumutbaren Zustände nicht nur Sparten- und Generalstreiks mit hunderttausenden Beteiligten, sondern auch einen Hungerstreik von rund 300 Flüchtlingen von Januar bis März 2011. Diese waren nicht mehr bereit, die katastrophalen Bedingungen, inklusive rassistischer Hetze durch rechte Parteien, hinzunehmen – und hatten, trotz massiver polizeilicher Repression und medialer Diffamierung Erfolg: Sie erzielten erhebliche Verbesserungen der Bedingungen zur Erlangung eines legalen Aufenthaltsstatus‘. „Es war ein Sieg des Rechts, Mensch sein zu dürfen, gegen eine moralisch vollkommen korrumpierte politische Klasse.“ (1)

Ebenso legten (in der Mehrzahl) migrantische Transport- und Lagerarbeiter in Norditalien Ende letzten Jahres die Arbeit nieder, Linke und Leute aus sozialen Zentren unterstützten die ArbeiterInnen. Keine legalen Arbeitsverträge, keinerlei Rechte oder soziale Sicherheiten, permanente Lohnausfälle – beschäftigt bei Subunternehmern war der Ausbeutung Tür und Tor geöffnet. Zu den bestreikten Firmen zählte auch IKEA und auch in dessen Lagerhallen in Piacenza ging plötzlich nichts mehr. Trotz der unterschiedlichen Herkunft hielt man zusammen – und war erfolgreich: Kollektivverträge, gerechtere Entlohnung, Urlaubsanspruch etc. konnten durchgesetzt werden. (2)

Doch ein paar Kilometer weiter in Österreich kein mediales Wort darüber, wie auch die aktuellen Anti-Korruptionsproteste in Slowenien hier kaum Beachtung finden. Oder die mehr als 35.000 streikenden Platinminenarbeiter in Südafrika, deren Kampf erst erwähnt wurde, als im November letzten Jahres 34 von ihnen von der Polizei erschossen wurden. Für einen kurzen Moment der Empörung reichte es, dann war die Sache vom Tisch bzw. von den Seiten



und Bildschirmen verschwunden. Kein Wort mehr über die weiter anhaltenden Streiks, denen sich schließlich auch LKW-Fahrer, Goldminenarbeiter und andere anschlossen. Fast ein Jahr lang hielten die Arbeitsniederlegungen insgesamt an. Ihnen folgten im Jänner 2013 die Farmarbeiter, die unter anderem jene edlen Weine produzieren, die auf unseren Tafeln und Banketten landen, während die ArbeiterInnen dabei selbst kaum überleben können. Ihr Ringen um bessere Arbeits- und Daseinsbedingungen interessiert hier jedoch kaum.

All das wollten wir nicht ungesagt lassen.

Solidarität ist mittlerweile ein Fremdwort geworden, jeder gegen jeden, statt alle gemeinsam gegen die tatsächlich Verantwortlichen. Man hat das neoliberale Prinzip so sehr verinnerlicht, dass all das, was möglich ist, in die Lächerlichkeit einer Utopie verwiesen und der eigene, menschenverachtende Zynismus, der darin liegt, nicht mal mehr bemerkt, mit Sicherheit aber systematisch gerechtfertigt oder schlicht ignoriert wird.

Die Texte *striketru* und *eh nix besonderes* in diesem **ausreißer** liefern unter anderem dazu literarischen Zugänge und Anstöße zum Weiterdenken, -lesen und -handeln.

Zur Situation vor Ort haben wir bei verschiedenen Gewerkschafts- und InteressensvertreterInnen nachgefragt und *Statements* eingeholt. Diese sind in vorliegender Ausgabe zu finden – alle wurden in persönlichen (Telefon)Gesprächen festgehalten, jenes von ÖGB-Chef Horst Schachner wurde schriftlich übermittelt.

Weiters haben wir, wie unschwer zu erkennen, einen sanften Relaunch der Großausgabe vorgenommen, sodass graphische Gestaltung und inhaltliche Schwerpunktsetzung noch stärker Hand in Hand gehen, Übersicht und Lesbarkeit verbessert und gleichzeitig künstlerischer Freiraum erweitert wird.

Proteste, Streiks, Widerstand sind öffentliche Handlungen, denn sie gehen eine ganze Gesellschaft an – ihre Sichtbarkeit muss gewährleistet sein, denn sie gibt Selbstbewusstsein und hat Vorbildwirkung. Genau deshalb sind sie immer und immer wieder Gegenstand medialer Desinformation oder Ignoranz.

Und genau deshalb erscheint der **ausreißer** auch als Wandzeitung, frei und für alle zugänglich im öffentlichen Raum. Dank an dieser Stelle an unsere zahlreichen KooperationspartnerInnen, die zu dieser Öffentlichkeit beitragen!

Nicht zuletzt sollten in dieser Ausgabe auf die unterschiedlichsten Varianten, Methoden und Wirkungsweisen aufmerksam gemacht werden, dies erfolgt in der Kolumne *Wortmülldeponie – Vom Müll- zum Sex-Streik*.

Die heute auflagenstärkste Zeitung Kanadas, der *Toronto Star*, ist aus einem Streik heraus entstanden, seine Redaktion hat über mehr als ein Jahrhundert hinweg maßgeblich zu den Errungenschaften der kanadischen Sozialgesetzgebung beigetragen.

Selbstbewusstsein definiert sich – überall, aber besonders in Österreich – über Vermögen. Die, die wenig oder gar nichts besitzen sollen gefälligst den Mund halten und untertänig ihre, doch wohl selbst verschuldete, Lage aushalten ohne groß aufzufallen oder gar zu stören. Solange es für Einnahmenerzielung durch Massenkonsum noch reicht, ist alles bestens, damit hat man zusätzlich zum erzielten Profit gleichzeitig ein probates Mittel an der Hand, die Leute zu beschäftigen und auch außerhalb der Arbeit (Jobs werden zwar immer weniger, gearbeitet werden soll aber immer mehr) nur ja nicht zum Nachdenken kommen zu lassen. Wer hingegen über ausreichend Einkommen verfügt – egal woher – darf sich vor Selbstgerechtigkeit strotzend öffentlich in Szene setzen. Da macht es keinen Unterschied, ob Gerichtsverfahren noch laufen oder schon abgeschlossen und die Betroffenen rechtskräftig verurteilt sind, wenn längst keine Unschuldsvermutung mehr gilt, sitzen diese mit Sicherheit nicht reuig (das sowieso nicht) im Häf'n, sondern vielmehr im Nobelkaffeehaus, am Opernball und diversen anderen seitenblicklichen Zurschaustellungsstätten – Heimat bist du großer Söhne, Töchter ...

Aus all diesen Gründen – und noch zahlreichen weiteren – stehen Sie, steht Ihr heute nicht vor einer weißen Wand. All das zu vermitteln, zugänglich zu machen, Kommunikations- und Handlungsprozesse anzuregen, ist seit 50 Ausgaben ein Anliegen, das



uns zu wichtig ist, um es an den Verhältnissen, die ja der Ausgangspunkt der Kritik, der Wut, des Widerstands sind, scheitern zu lassen. Unser Protest richtete sich von Beginn an gegen die systemkonforme Dominanz der vorhandenen Publikationsstrukturen und wird es auch weiterhin tun.

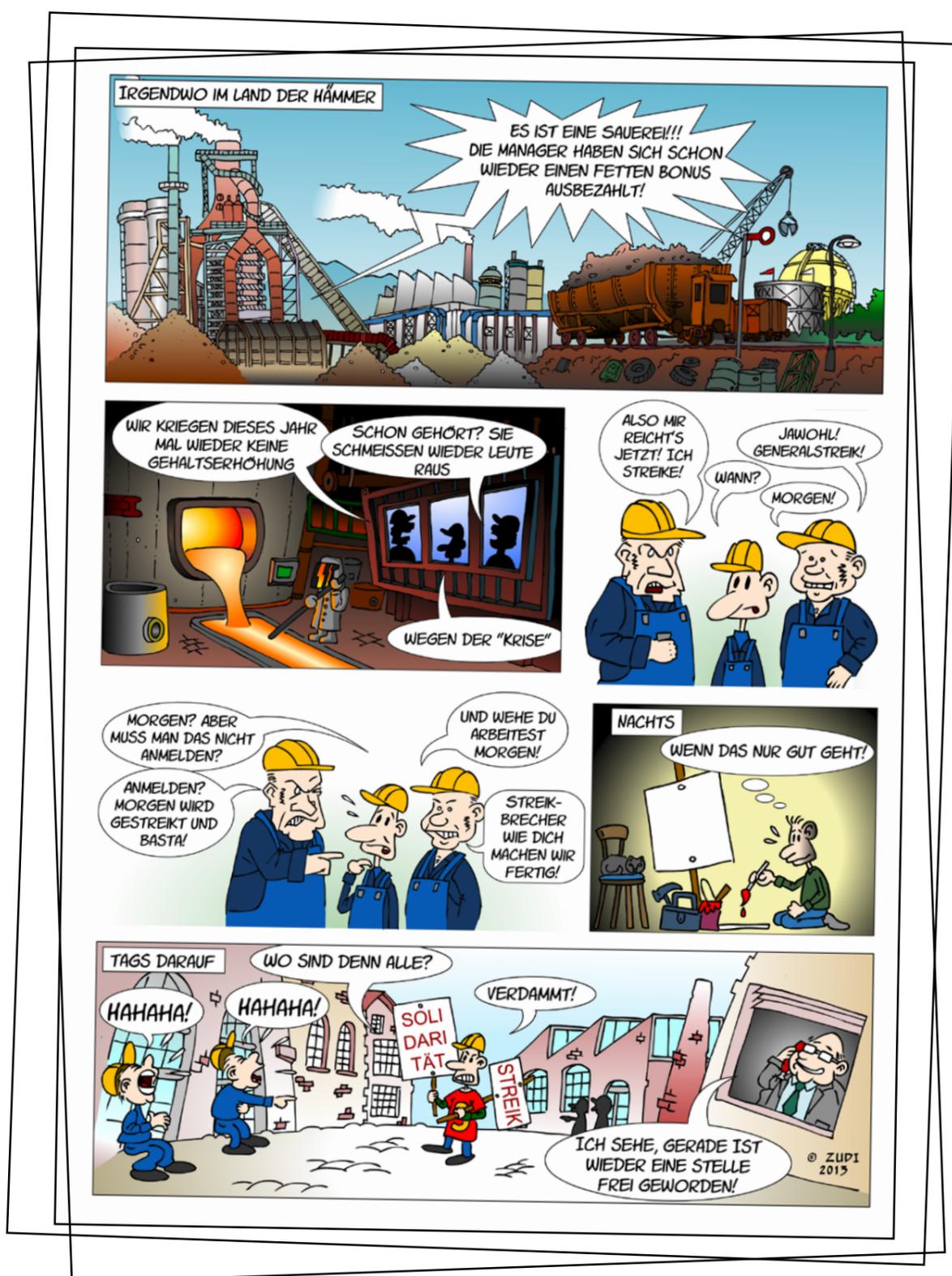
Das heurige Motto des Forum Stadtpark, wo sich seit der ersten Ausgabe und in bester wechselseitiger Befruchtung unser Redaktionsbüro befindet – Danke an dieser Stelle für diesen tatsächlich offenen Raum an das engagierte Forum-Team! –, lautet heuer: „es dauert“. Stimmt, das tut es und wird es noch länger tun. Dieses Motto beinhaltet jedoch gleichzeitig die Gewissheit der kommenden Veränderung – es dauert, aber es wird.

Doch es wird nicht ohne unser Zutun. Der Moment ist wichtig, aber Hartnäckigkeit unabdingbar, um Erfolge zu erzielen – und in diesem Tun ist ein Teil des Zieles bereits realisiert. Darauf gilt es aufzubauen – und aufzuhängen: Seite um Seite, Ausgabe um Ausgabe – solidarisch, gemeinsam.



(1) Gregor Kritidis: Die Demokratie in Griechenland zwischen Ende und Wiedergeburt. In: Krisen, Proteste. Beiträge aus Sozial.Geschichte.Online, hg. v. Peter Birke und Max Henninger, Hamburg: Assoziation A 2012.

(2) Mehr dazu auf: www.wildcat-www.de



„Streik“.
Gerold Zuderstorfer





ausreißer: Streiks gibt es in Österreich so gut wie nie - und das, obwohl die Bedingungen für Lohnabhängige seit langem kontinuierlich und immer radikaler verschlechtert werden. Woran liegt das, welche Grenze muss noch überschritten werden, damit es zu tatsächlichen Protesten kommt und wie steht der GLB (Gewerkschaftlicher Linksblock) zu Kampfmaßnahmen?

Peter Scherz, GLB-Arbeiterkammerrat Steiermark und Magna-Betriebsrat: „Das ist ein typisch österreichische Phänomen, bedingt durch die Sozialpartnerschaft, die die letzten 50 Jahre über - außer einzelnen guten Kämpfen - alle wichtigen Fragen im stillen Kämmerlein ausgemacht und halbherzige Ergebnisse als Erfolge serviert hat. 2011 gab es mit dem Metallerstreik den ersten großen Arbeitskampf von über 150.000 Beschäftigten seit 1962! Das war sehr gut organisiert, eine logistische Sonderleistung. So etwas stärkt das Selbstbewusstsein, das ist eine wichtige Erfahrung für jene, die ihre ‚Ware Arbeit‘ am Markt verkaufen müssen. Manchmal muss zu diesem Mittel gegriffen werden, und es wäre öfter notwendig. Das Schlimmste ist, man hat den Leuten das Denken abgewöhnt, alles wird vorbereitet und vorgekaut. Es klingt vielleicht abgedroschen, dieses ‚Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will‘, aber es war schon ein schönes Erlebnis, als es bei Magna plötzlich wirklich still wurde, der Betrieb stand und die Leute stattdessen begonnen haben, miteinander zu diskutieren. Da hat sich eine richtige kulturelle Auseinandersetzung entwickelt - auch dafür sind solche Kämpfe wichtig, dadurch kommen ganz entscheidende Qualitäten zum Vorschein.

Wir versuchen mit den Leuten zu reden, ihnen Mut zu machen, aufzuklären, vermeintliche Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Das ist Kleinarbeit, aber sehr wichtig. Denn zu Wort kommt sonst ohnehin immer nur die Wirtschaft und die liefert eben nur ihre Version. Immer wenn es darum geht, dass die Arbeitenden einen gerechteren Anteil bekommen, bei jedem Prozent Lohnerhöhung gehen die Firmen angeblich gleich ein - bei so einem Blödsinn stehen einem ja die Haare zu Berge! Als Stronach Magna, also zuvor Puch, gekauft hat, hat er als erstes jedem der 7.000 Mitarbeiter einen persönlichen Brief geschickt, in dem er davon ‚abriet‘, bei der Gewerkschaft zu sein - das sei doch nur rausgeschmissenes Geld. Die Kosten für Aktionen wie diese waren das natürlich keineswegs ... Immer wenn ich für meine Positionen angegriffen wurde, hab ich einfach auf die geltende Meinungsfreiheit verwiesen - jeder kann gerne Gegenargumente bringen, aber meine Meinung muss ich sagen dürfen. So bin ich persönlich gut über die Runden gekommen. Aber die Menschen haben klarerweise Angst um ihren Arbeitsplatz. Arbeitskampf ist gleichzeitig Existenzkampf! Das ist auch eine globale Angelegenheit. In der EU war man sich zum Beispiel immer schnell über wirtschaftliche Liberalisierungen einig, soziale Mindeststandards hingegen gibt es bis heute nicht. Generell wäre mehr Druck notwendig, aber auch kleinere Aktionen bringen etwas. Streik heißt Bewusstseinsbildung, diesbezüglich bleibt immer was davon und das ist wichtig.

Zum ersten Mal haben wir 1987 den Vorschlag für die 35-Stunden-Woche eingebracht, doch statt verkürzt wurde flexibilisiert. Als Minister Mitterlehner kürzlich vorschlug, die Tagesarbeitszeit auf 12 Stunden zu erhöhen, jubelte die Wirtschaft. Als nächstes sind's dann wohl gleich 24 Stunden ... Gleichzeitig ist die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen, seit den 1970ern kontinuierlich gesunken. Das heißt, dass die Leute die steigende Produktionsleistung nicht abgegolten bekommen. Wenn die Gewerkschaft nur droht und dann kommt nix, macht man sich unglaublich. Gerade die größte Fraktion, die sozialdemokratische, müsste sich da endlich einmal bewegen. In Sachen Streik heißt es ernst machen und durchziehen, dann wären solche Maßnahmen später vermutlich gar nicht mehr so oft notwendig. Auch die heurige Pensionsanpassung war eine Frechheit. Da heißt es solidarisch sein, denn Entsolidarisierung wird leider ohnehin immer stärker. Die Leute haben wirklich wenig gesellschaftspolitisches Interesse, dadurch entsteht eine leicht manipulierbare Masse. Die Vereinheitlichung der Medien, die alle die gleiche Linie vertreten, trägt ihren Teil dazu bei. Man macht den Leuten Angst, jeder spürt selbst den Druck. Doch Angst ist der größte Hemmschuh. Besonders schlimm trifft es die, die trotz Arbeit an oder unter die Armutsgrenze rutschen. Sich zersprageln und trotzdem geht es sich vorne und hinten nicht aus - spätestens da müssten entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden und sich Widerstand regen, nach dem Motto: Es kann doch nicht sein, dass die mein ganzes Leben in der Hand haben!“



eh nix besonderes?

TEXT
Anita Huber

Keiner tritt in streik. oder nur schnell ein bisschen. weiter, weiter. jeder schafft es für sich und jede sowieso. schafft es, muss es schaffen. unbedingt. lieber heute als morgen. lieber allein als zu zweit. lieber in hundert projekten als in keinem. das wichtigste von all diesen ist das eigene selbst. immer, ständig, pausenlos, weiter, weiter. in optimierung begriffen. dauerauftrag: besonderung.

zusammengedacht was nicht zusammengedacht werden darf. exzellenz und burnout. talentebörse und alexithymie. best practice und das schlechte beispiel, das ich abgebe. die suche nach glück und die unmöglichkeit, es im augenblick zu erkennen. eine skirennläuferin, die zurücktritt, weil sie *ihren eigenen ansprüchen* nicht mehr genügen kann. auch die

besten der besten fliegen schon raus aus dem karussell, können sich nicht mehr halten. also machen wir weiter, weiter, weiter. ich bin noch dabei. in jedem menschen steckt was besond'eres. und das besond're in mir, das finde ich auch noch. go on, come on. weiter, weiter. nur mit heißem bemühen wird es gehen, ich weiß, ich weiß. weiter, weiter, ich bemühe mich schon so. aber ich finde es nicht.

was aber, wenn es gar eine chimäre nur wäre? wenn das *besondere* selbst nur das falsche versprechen der kultur der optimierung wäre, das uns daran hindern soll, auch neben uns zu schauen, innezuhalten. weil wir längst keinen begriff von gesellschaft mehr haben oder noch nie einen hatten. und weil das gerade so sein soll.

wäre es dann eine zwischenlösung, einspruch zu erheben, gegen all die besonderungsmaschinerien? wenn das gesellschaftliche bemühen dem besonderen gilt, dann fällt alles unter den tisch, das gerade nicht besonders ist, sondern alltäglich, „normal“, gerade *nicht* herausragend. wäre dann, die ausrufung einer agentur für „eh nix besonderes“ ein erster schritt? selbst um den preis der ambivalenz dieses unterfangens, die ja, indem sie sich dem *nicht besonderen* widmet, es aus dem allgemeinen heraushebt. egal, es sei hiermit getan. als versuch, das wort zu ergreifen für das banale, das normale, das eben nicht besondere. einspruch also & achtung für: eh nix besonderes!

” auch die besten der besten fliegen schon raus aus dem karussell, können sich nicht mehr halten. also machen wir weiter, weiter, weiter.



ausreißer: Die Belastungen für ArbeitnehmerInnen wachsen kontinuierlich und eklatant, die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse ebenfalls, was erfolgt, ist - Stichwort Krise(n) - eine massive Umverteilung von unten nach oben, statt umgekehrt. Trotzdem sind in Österreich, wo etwa Streik-Zeiten in Minuten gemessen werden, kaum Widerstände zu spüren - auch nicht von Seiten des ÖGB. Sozialpartnerschaftliches Arrangement statt tatsächlicher gewerkschaftlicher Vertretung - sieht man trotz rigider Verschärfung der Lage keinerlei Anlass für massivere Protestmaßnahmen? Ist man noch bereit, auf die Straße zu gehen, statt sich hinter Verhandlungstischen zu verschanzen? Gewerkschaften können, wie aktuell Bewegungen in ganz Europa zeigen, auch heute noch viel vehementer auftreten, Widerstand leisten, eine breite Basis in diesem Sinne mobilisieren - utopisch für österreichische Verhältnisse?

Horst Schachner, ÖGB-Landesvorsitzender Steiermark: (...) Wenn Sie (...) ‚sozialpartnerschaftliches Arrangement statt tatsächlicher gewerkschaftlicher Vertretung‘ vermuten, liegen sie grundsätzlich falsch. Kollektivvertragsverhandlungen sind die tatsächlichste aller gewerkschaftlichen Vertretungen von ArbeitnehmerInnen. Die Betroffenen, und nicht nur die ÖGB-Mitglieder, sehen das übrigens mit überwältigender Mehrheit genauso, wie repräsentative Umfragen belegen.

Erst wenn das, was Sie als ‚hinter Verhandlungstischen verschanzen‘ bezeichnen, nicht die erwünschten Ergebnisse bringt, geht es darum, weitere Schritte zu unternehmen.

Der ÖGB hat in seinen Statuten festgeschrieben, dass er eine Kampforganisation ist. Trotzdem heißen die Alternativen nicht Verhandlungen oder Straßenkampf, dazwischen gibt es noch eine ganze Menge gewerkschaftlicher Maßnahmen, die auch immer wieder angewendet werden. Dabei gilt es, wie in jedem Kampf, dem Anlass entsprechend die richtigen Waffen zu wählen und möglichst immer noch eine effizientere in der Hinterhand zu haben. (...)

Abschließend bleibt zu sagen, dass es dem ÖGB nicht an Kampfgeist mangelt, auch wenn die Auseinandersetzungen auf der Straße und die Streikbereitschaft der ArbeitnehmerInnen für Ihren Geschmack zu wenig ausgeprägt sind. Und jene ‚Bewegungen in ganz Europa‘, die Sie als Gegenbeispiele anführen, sind die südeuropäischen Kolleginnen und Kollegen, die wirklich bereits mit dem Rücken zur Wand ums nackte Überleben kämpfen. So weit sind wir und unsere KollegInnen in Nord- und Nordwesteuropa erfreulicherweise nicht und wir werden alles dazu tun, dass es auch nicht so weit kommt. Dazu gehört auch die Solidarität mit den südeuropäischen ArbeitnehmerInnen, für die sich gerade der ÖGB in seiner führenden Rolle im Europäischen Gewerkschaftsbund unermüdlich einsetzt.

Vergrößert sich die soziale Kluft, und das gilt nicht nur zwischen Kapital und Arbeit, das gilt auch multinational zwischen Nord und Süd, dann kommt der ‚Sozialtsunami‘ unaufhaltsam auf uns zu. Das müssen auch die Macher in den Finanzzentren und die Exportweltmeister unter den Volkswirtschaften zur Kenntnis nehmen.

Uns GewerkschafterInnen hat die Geschichte jedoch gelehrt, dass gewaltsame Revolutionen - so unausweichlich notwendig sie auch gewesen sein mögen - das Leid der arbeitenden Menschen so gut wie nie gelindert haben.

Deshalb wird der ÖGB nicht müde werden, weiterzukämpfen, ob am Verhandlungstisch, in den Betrieben oder auf der Straße, für Gerechtigkeit, Solidarität und Menschlichkeit.

(Die Referierung der grundlegenden Strukturen des ÖGB, wie sie Teil des Statements ist, kann in der ungekürzten Fassung auf <http://ausreisser.mur.at/online> nachgelesen werden.)

strikethru

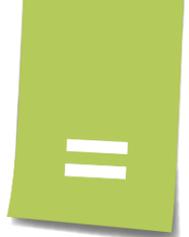
TEXT
Ralf B. Korte

Wortschatzermüdung. industrie-gesellschaften in systemisch verlängerter spätpubertät balgen sich szenisch um verteilungsquoten, d.h. ob die wenigen fast alles bekommen oder nur 90% -differenz dazwischen gilt als mass sogenannter *sozialer gerechtigkeit*, ein sichdrehen um voka-beln und werte, graduell zwischen zufrieden gestellten mittelschichten mit kontrolliertem bodymassindex und abrutsch ins lumpenproletarische (*) vor-der-glotze-gehänge - so oder so schirm an schirm das zahlen säen und ernten, so oder so das schüren von dazugehörängsten in varianten. geldkreisläufe, *kapital vs. kapital* das wrestling des jahrzehnts oder jahr-

panikmomente. STREIK - fragt sich nur wer gegen wen. nationale gewerkschaften gegen internationales kapital, das war mal umgekehrt oder schien es zu sein, zumindest. STREIK - *art strike* als freiberuflicher schreibarbeiter ohne festanstellung, als kleinstun-ternehmer seiner selbst, als zwischen-befristeten-verträgen-surfer und schnäppchenjäger nach der nächsten gelegenheit, überhaupt irgendwo mitarbei-ten zu dürfen. STREIK - wer keinen job hat ja andere möglichkeiten: konsum-streik sex-streik denk-streik undsoweiter. um verteilungen im zehntelprozentbe-reich nachjustieren zu können, das frisst dann die nächste sogenannte finanzkrise wieder weg, *ohne erkennbaren zusammenhang*. der wettbewerb ist längst entschieden, deshalb redet man so viel von ihm. die ersatzkorrekturen nach kleinbürgerlichem rechtsempfinden verbessern zu paar promille teil-gehabtem noch ein paar worte die dürfen wir dann nicht mehr verwenden was noch im fröhlichsten kommunarden die lust an der grenzüberschreitung weckt, den chauvinisten zu geben. im sinnlospalaver unlimited mündet gnadenloses verbesserungsbemü-hen von weitermitmachern in scheinheilige alterna-tivproduktion. STREIK - falls überhaupt dann *general*. weil nichtteilnahme am regulierten konsens schnell spürbar macht wie eng die grenzen sind. registriert oder tot - *sozial & de facto* - der spielraum dazwi-schen wird überlassen gegen gebühr, deshalb wollen so viele so viel verdienen oder zumindest ein grund-einkommen das sie bis an die stäbe bewegt und nicht zum kadaver in einer ecke des käfigs versteift. STREIK - *strikethru*: partner found \ partner lost & von fern immer wieder vergessen dass *hier* streiks in minuten pro jahr gezählt werden können falls das heben der

„ streik – art strike als freiberuflicher schreibarbeiter ohne festanstellung, als kleinstunternehmer seiner selbst, als zwischen-befristetenverträgen-surfer...

hunderts oder wie auch immer man enthistorisierungsauszeiten takten mag, zu lang schon aber man merkt es nicht mehr in der permanenz der



stopppuhren überhaupt lohnt und nicht bruchteile von minuten nur bleiben, mal vom pensionsraub-beklagungsmehrstünder 2003 abgesehen, einem halbjahrhundertrekord immerhin. nicht so schlimm in einem land das bessere folklore zu bieten hat, wo BAUER FRAU SUCHT und ÖSTERREICH BESSER ISST als der rest von FRANKS WELT. die nächste lohnerrhöhung kommt sowieso nur auf zuruf von besorgten kapitalismus-experten die prophezeien einkommensungleichheit als wahrscheinlichsten hintergrund für weltweite krisen die besser zu verhindern sind als das system das sie produziert selbst. popupwerbbeeindrungen neben dem SPIEGELONLINE bericht zu *globalrisk 2013* versprechen dir dazu toprenditen von 12% als waldbesitzer oder garantiert 9% beim palmölinvestment, vom gewinn kannst du dich dann beim skiurlaub in der schweiz (**) erholen oder in dieselben 7 aktienwerte flüchten wie die superreichen, click da einfach mal durch das performancemarketingangebot oder geh gleich zu irgendeinem STRIKEbootcamp von rtl, falls dich irgendeine sozialindizierte angststörung allemal schlaflos hält ...



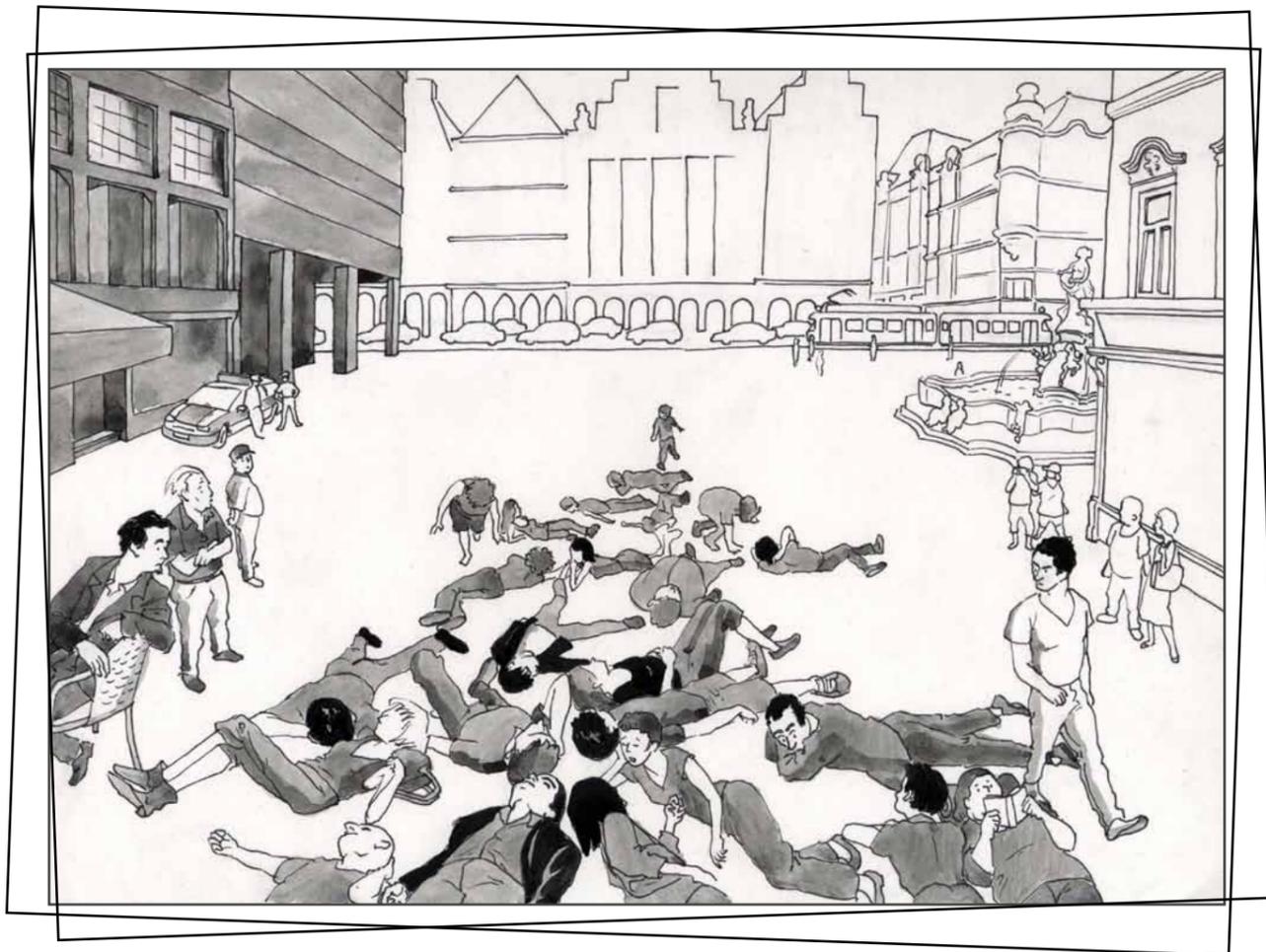
(*) nach Rosa Luxemburgs undatierter, nicht eingeordneter Ausarbeitung auf einem losen Zettel:

„Ein Problem für sich von hoher Wichtigkeit in jeder Revolution bildet der Kampf mit dem Lumpenproletariat. Auch wir in Deutschland und allerorts werden damit zu tun haben. Das lumpenproletarische Element haftet tief der bürgerlichen Gesellschaft an, nicht nur als besondere Schicht, als sozialer Abfall, der namentlich in Zeiten riesig anwächst, wo die Mauern der Gesellschaftsordnung zusammenstürzen, sondern als integrierendes Element der gesamten Gesellschaft. Die Vorgänge in Deutschland – und mehr oder minder in allen andern Staaten – haben gezeigt, wie leicht alle Schichten der bürgerlichen Gesellschaft der Ver lumpung anheimfallen. Abstufungen zwischen kaufmännischem Preiswucher, Schlachtschützen-Schiebungen, fiktiven Gelegenheitsgeschäften, Lebensmittelfälschung, Prellerei, Beamtenunterschlagung, Diebstahl, Einbruch und Raub flossen so ineinander, daß die Grenze zwischen dem ehrbaren Bürgertum und dem Zuchthaus verschwand. Hier

wiederholt sich dieselbe Erscheinung wie die regelmäßige rasche Ver lumpung bürgerlicher Zierden, wenn sie in überseeische koloniale Verhältnisse auf fremden sozialen Boden verpflanzt werden. Mit der Abstreifung der konventionellen Schranken und Stützen für Moral und Recht fällt die bürgerliche Gesellschaft, deren innerstes Lebensgesetz die tiefste Unmoral: die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, unmittelbar und hemmungslos einfacher Ver lumpung anheim. Die proletarische Revolution wird überall mit diesem Feind und Werkzeug der Konterrevolution zu ringen haben. Und doch ist auch in dieser Beziehung der Terror ein stumpfes, ja zweischneidiges Schwert. Die drakonischste Feldjustiz ist ohnmächtig gegen Ausbrüche des lumpenproletarischen Unwesens. Ja, jedes dauernde Regiment des Belagerungszustandes führt unweigerlich zur Willkür, und jede Willkür wirkt depravierend auf die Gesellschaft. Das einzige wirksame Mittel in der Hand der proletarischen Revolution sind auch hier: radikale Maßnahmen politischer und sozialer Natur, rascheste Umwandlung der sozialen Garantien des Lebens der Masse und – Entfaltung des revolutionären Idealismus, der sich nur in uneingeschränkter politischer Freiheit durch intensiv aktives Leben der Massen auf die Dauer halten läßt. Wie gegen Krankheitsinfektionen und -keime die freie Wirkung der Sonnenstrahlen das wirksamste, reinigende und heilende Mittel ist, so ist die Revolution selbst und ihr erneuerndes Prinzip, das von ihr hervorgerufenen geistige Leben, Aktivität und Selbstverantwortung der Massen, also die breiteste politische Freiheit als ihre Form, die einzige heilende und reinigende Sonne.“

(**) „Die als globale Risiken erkannten Bedrohungen seien im Wesentlichen ein Alarmsignal an unsere wichtigsten Systeme, erklärt Lee Howell, Herausgeber des Berichts. Der nationalen Widerstandsfähigkeit gegenüber globalen Risiken müsse Priorität eingeräumt werden, damit lebenswichtige Systeme auch im Falle einer massiven Störung noch funktionsfähig blieben“, schreibt die NZZ vom 8.1.13 zum gleichen thema, und: „Als weiteres nicht zu unterschätzendes Risiko wird in dem Bericht der Zugang immer breiterer Bevölkerungsschichten zu Informationen im Internet angeführt. Die Demokratisierung des Zugangs zu Informationen sei zwar zu begrüßen, wird betont, aber gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass eine solche Entwicklung destabilisierende Effekte haben kann.“





„Flahmob“.
Stefan Palaver

ausreißer: Die Burn-out-Seminare der AUGÉ (Alternative und Grüne GewerkschafterInnen) sind kontinuierlich überlaufen, der Bedarf offenbar riesig. Doch werden Seminare die permanent wachsenden Probleme von ArbeitnehmerInnen und die sich massiv verschärfende soziale Lage kaum lösen - eine gewerkschaftliche Vertretung muss da doch wohl noch mehr tun, oder?

Ilse Löwe-Vogl, AUGÉ-Arbeiterkammerrätin Steiermark: „Ja, keine Frage, da muss auf unterschiedlichen Ebenen angesetzt werden. Zuerst müssen die Arbeitszeiten reduziert werden, auf maximal 28 bis 30 Wochenstunden, Überstunden gehören abgeschafft. Wenn man die Arbeitssituation der Menschen entlastet, haben die Leute auch Zeit das ganze System zu überdenken. Öffentliche Aktionen sind auf jeden Fall notwendig. Wie sich bei den Plattform-25-Protesten gezeigt hat, sind dann auch hier schon mal zehntausend Leute auf die Straße zu bringen, das geht durchaus! Das hat ja auch eine internationale Ebene - in Spanien, Griechenland oder anderen Ländern ist die Hemmschwelle da viel niedriger, da dort nicht das sozialpartnerschaftliche Modell vorherrscht, in dem Gewerkschaften Hand in Hand mit den Parteien arbeiten. Es betrifft ja alle Sparten, egal ob Pflege, Gesundheits- oder Bildungswesen - uns reicht's! Diese Bewusstmachung muss erfolgen. Das Prinzip des Wachstums muss generell in Frage gestellt werden, Wohlstand ohne Wachstum ist möglich und machbar. Klar stellt dieser Ansatz Gewohnheiten und Konsumdenken sowie, besonders wichtig, das dahinter stehende Konkurrenzdenken auf den Kopf. Da sind wir wieder bei den Burn-out Seminaren: Burn-out betrifft ja nicht ‚nur‘ den Arbeitsbereich einer Person, sondern ihre gesamte Lebenssituation - da muss ein Umdenken einsetzen. Ziel ist, die Situation sowohl gesamtgesellschaftlich als auch für jede/n Einzelnen zu verbessern. Streik kann eine Möglichkeit sein, nicht ‚nur‘ für höhere Löhne, - die klarerweise für einen großen Teil von ArbeitnehmerInnen wichtig sind, weil sie darauf angewiesen sind, dass hier endlich eine Umverteilung von oben nach unten erfolgt. Es geht darum, dass die Basis endlich über soviel Geld verfügen muss, dass ein anderes Wirtschaften möglich ist. Unabdingbar ist auch die Finanztransaktionssteuer, wobei gleichzeitig sichergestellt werden muss, dass die daraus resultierenden Einnahmen zugunsten der Armutsbekämpfung, der unteren und mittleren EinkommensbezieherInnen verwendet werden und nicht irgendwo im Budget verschwinden. Zu alledem zählt auch ein geänderter Umgang mit Ressourcen - denen der Umwelt, aber auch den persönlichen. Solange sich's irgendwie ausgeht, machen die Leute weiter, bis zur vollständigen Erschöpfung. Doch damit fahren wir unsere Gesellschaft gegen die Wand!“

vom müll- bis hin zum sexstreik

TEXT
Joachim Hainzl
Eva Ursprung
BILDER
Herbert Zach

Im 19. Jahrhundert nutzten staatliche Tabakmonopole die damals noch sehr handarbeiterisch angelegte Tabak- und Zigarettenproduktion dazu, in bestimmten peripher gelegenen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit, Zigarettenfabriken als moderne Infrastrukturmaßnahme zu errichten. So etwa 1830 im tirolerischen Schwaz, in einer Zeit großer wirtschaftlicher Depression. Damit waren die Fabriken oft nicht nur die größten lokalen ArbeitgeberInnen (so waren etwa in Fürstenfeld zu Beginn des 20. Jh. mehr als 2000 Personen in der Tabakfabrik beschäftigt), sondern prägten Ortsbild und soziales Leben mit ihren Bauten massiv mit.

Frauenarbeit und sozialer Fortschritt

Durch die manuelle Arbeitsweise waren in der Produktion überdurchschnittlich viele Frauen tätig. Das führte im 19. Jahrhundert zur Entwicklung zahlreicher sozialer Einrichtungen für ArbeiterInnen und deren Verwandtschaft wie Bäder, Wohnhäuser, Kantinen, und – eben aufgrund des hohen Anteils weiblicher Beschäftigter – Betriebskindergärten. Ebenfalls in einer Zigarettenfabrik – der Stuttgarter „Waldorf-Astoria“ – nahm 1919 mit der von Rudolf Steiner geleiteten

„Waldorfschule“ für Kinder der Beschäftigten die Waldorfpädagogik ihren Ausgangspunkt.

Als ein Effekt der neoliberalistischen Wirtschaftsordnung privatisierte man in den letzten Jahrzehnten weltweit die meisten staatlichen Tabakmonopole, wie auch die „Austria Tabakwerke“. Dies hat jedoch nicht zu mehr Wettbewerb geführt, da inzwischen wiederum nur eine kleine Gruppe von global agierenden Tabakmultis den Markt bestimmen – und damit die Anzahl der Produktionsstandorte. So schloss der nunmehrige Besitzer „Japan Tobacco Int.“ im Jahr 2011 die letzte österreichische Tabakfabrik in Hainburg.

Eine Zigarettenmarke als Streikprodukt

Während die österreichischen ArbeiterInnen in Hainburg, Linz, Schwaz, Fürstenfeld etc. ohne große Widerstände auf die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze reagierten, zeigten sich die Beschäftigten der französischen Zigarettenfabrik Patin des damaligen französischen Monopolisten SEITA (heute: „Imperial Tobacco“) 1982 um vieles kämpferischer. Ganze 19 Monate wurde die Firma von streikenden ArbeiterInnen besetzt. Als Zeichen ihres gewerkschaftlichen Arbeitskampfes wurde von ihnen sogar eine eigene Streik-Zigarettenmarke produziert. Diese rote Gauloise „Patinoise“ zierte neben dem Gewerkschaftslogo „CGT“ auch das Datum des Arbeitskampfes mit dem Ziel eines Neustarts des Produktionsstandortes. Dennoch war dieser Streik schlussendlich vergeblich und die Fabrik wurde 1983 für immer geschlossen.

Industrielle Fabriksarbeit beschränkt sich in Afrika größtenteils auf ausländische Unternehmen, die zudem ihre eigenen Arbeitskräfte importieren. Diese



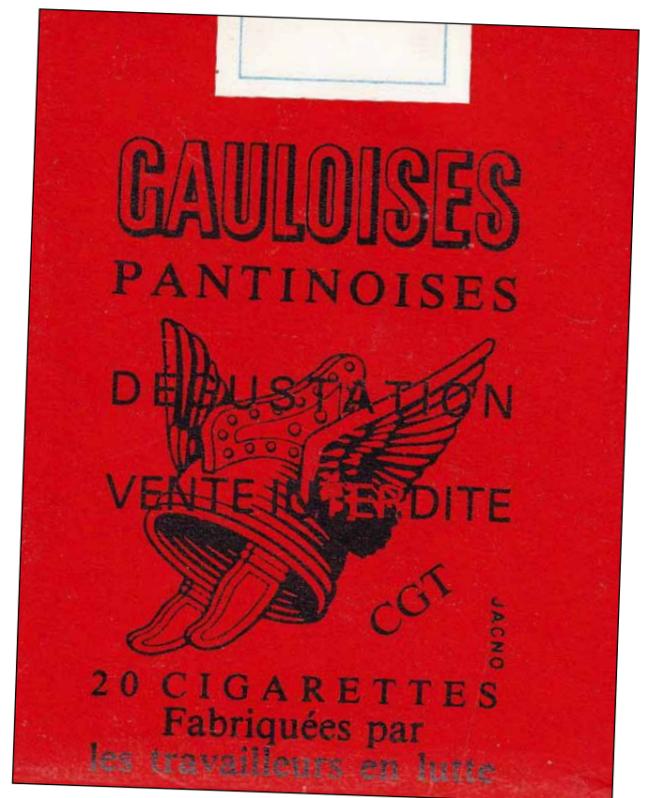
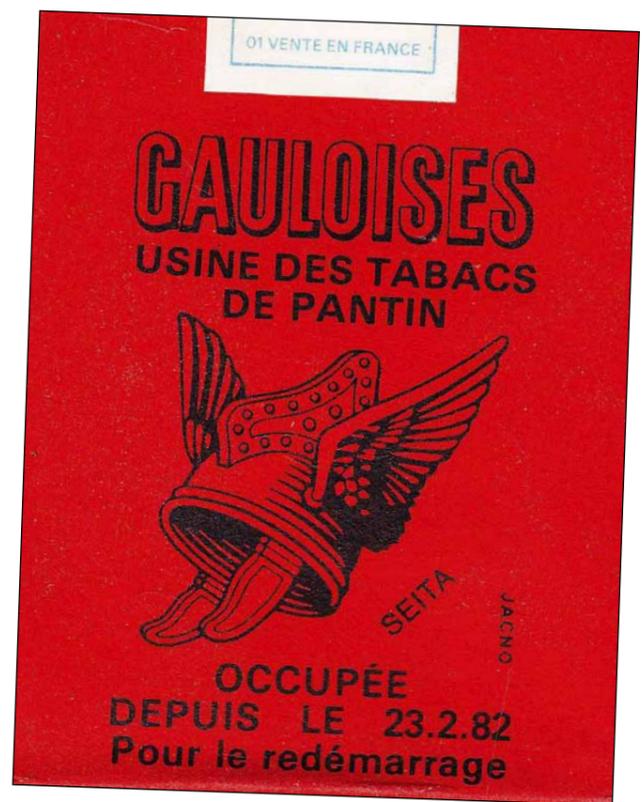
leben in „Gated Communities“, abgezäunt vom Rest der sie umgebenden Welt und mit allem Luxus ausgestattet. Die Arbeitsbedingungen für lokale Arbeiter*innen sind meist katastrophal und Streiks können leicht tödlich enden: Bei einem Bergarbeiterstreik in den südafrikanischen Erzminen wurden allein am 16. August 2012 vierunddreißig Arbeiter erschossen, als sie versuchten, eine Polizeiabsper- rung zu durchbrechen.

Unterschiedliche Arbeitsbedingungen

Internationale NGOs, die sich der Müllentsorgung angenommen haben, setzen gerne auf lokale Frauenarbeit. In der mauretanischen Hauptstadt Nouakchott fand TO|YS on Tour (*) gleich zwei Recycling-Organisationen: eine lokale NGO, die Glasflaschen, alte Autoreifen, Altmetall etc. sammelt, sowie die französische NGO Gret, die sich auf PET-Flaschen und Plastik konzentriert. Gret beschäftigt vor allem Frauen, da diese lernfähiger und zuverlässiger seien, und es auch am meisten nötig haben, um ein Minimum an Autonomie zu erlangen. Den Frauen werden Möglichkeiten zur Fortbildung und zum Erreichen von Führungspositionen geboten. Während internationale NGOs meist auf die Einhaltung von Sicherheitsstandards und arbeitsrechtlichen Vorschriften achten, sind bei einigen der lokalen NGOs leider Kinderarbeit, fehlende Schutzmaßnahmen und teilweise gesundheitsschädigende Produktionsverfahren wie das Einschmelzen von Aluminium gang und gäbe. An Streik denkt hier jedoch niemand. Dieselbe Luft atmen aber ohnehin alle, auch in den Städten. Übrig gebliebener Müll wird hier nämlich einfach auf der Straße verbrannt.

Es stinkt zum Himmel

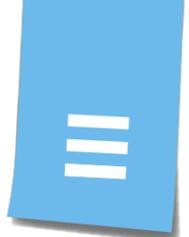
Eine Maßnahme, zu der auch die Bewohner*innen Neapels greifen, wenn sich dort wieder einmal die Müllberge häufen. Hier warnen die Ärzte vor den Gefahren der urbanen Müllverbrennung: Der Qualm ist gesundheitsgefährdend, setzt giftiges Dioxin frei, welches sich schließlich in der Nahrung wiederfindet. Die Bevölkerung unterstützt die streikende Müllabfuhr und protestiert gegen die unhaltbaren Zustände, indem sie Müll auf die Straße und auf Bahnstrecken



Beschäftigte der französischen Zigarettenfabrik Patin produzierten eine eigene Streik-Zigarettenmarke. Auf der Verpackung der roten Gauloises „Patinoise“ ist neben dem Gewerkschaftslogo CGT das Datum des Arbeitskampfes („Besetzt seit 23.2.82“) und der Hinweis auf das Ziel eines Neustarts des Produktionsstandortes aufgedruckt

schaufelt, um den Verkehr zu blockieren und Säcke mit Unrat vor dem Rathaus deponiert – in Europa ein wirksames Druckmittel. In Afrika würden dazu die Müllmengen nicht reichen, es wären sofort genug Menschen da, die sich begeistert auf Brauchbares stürzen...





Als in Athen 2009 und 2011 die Müllabfuhr streikte, wanderten dramatische Bilder von Müllbergen durch die europäischen Medien. Meterhoch türmten sich diese stinkend an den Straßenrändern. Seuchen wurden befürchtet, Katzen und Hunde wühlten im Müll, Mäuse, Ratten. Bereits nach einer Woche Streik gab es die Schlagzeile „Athen versinkt im Abfall“.

Und der lokale Einzelhandel klagte, dass die Menschen aufgrund der Müllberge keine Lust zum Einkaufen hätten.

Recycelte Armut

Solche Probleme spielen in weiten Teilen Afrikas eine marginale Rolle. Nur die hauchdünne Bevölkerungsschicht der Reichen kann es sich leisten, Produkte zum Wegwerfen zu kaufen, und das Fehlen einer Müllabfuhr ist in den meisten Regionen ohnehin Alltag. Müll liegt fröhlich bunt am Straßenrand. Organisierte Müllentsorgung findet nur in den wenigen Vierteln der Wohlhabenden statt, in ländlichen Gebieten gibt es nicht mal einen Begriff für Müll. Vieles wird verwendet, reused oder recycelt. In den Großstädten ist Müll die Existenzgrundlage Tausender, die vom Einsammeln, Restaurieren, Wiederverwenden oder Verkaufen des Weggeworfenen leben. Zu stinkenden Müllbergen kommt es kaum, der organische Müll wird umgehend von Ziegen und Hunden verarbeitet, alles Weitere übernehmen besagte NGOs oder private Kleinunternehmer*innen, die sich und ihre Familien mit dem Sammeln von Wiederverwertbarem über Wasser halten.

Lysistrata in Afrika

Griechische Verhältnisse finden sich jedoch in anderen Bereichen: wie Aristophanes' Lysistrata rief die liberianische Bürgerrechtsaktivistin Leymah Roberta Gbowee alle Frauen zum Sexstreik auf, um die Männer zu zwingen, den Bürgerkrieg in Liberia (1999-2003) zu beenden. Mit ihrer Frauenbewegung „Women of Liberia Mass Action for Peace“ trug sie massiv zur Beendigung des Krieges bei und erhielt dafür 2011 den Friedensnobelpreis.

Zu einem einwöchigen Sexstreik rief im August 2012 im Togo die Bürgerrechtlerin Isabelle Ameganvi auf, um die Männer davon abzuhalten, weiterhin die

korrupte Regierung von Präsident Faure Gnassinbé, zu unterstützen, die nichts gegen die allgemeine Armut und die Rechtlosigkeit von Frauen unternahm.

One Billion Rising

Ob die Solidarisierung von Frauen auch weltweit funktioniert? Am 14. Februar 2013 wird sich das zeigen. Für diesen Tag hat die amerikanische Künstlerin und Aktivistin Eve Ensler Frauen zum globalen Streik aufgerufen: sie sollen ihre Arbeitsplätze verlassen, auf die Straße gehen und tanzen – Motto: One Billion Rising – bis die Gewalt gegen Frauen beendet wird.



(*) *TO|YS ON TOUR (Trash Of Your Society)* sind: Joachim Hainzl, Maryam Mohammadi, Igor Petkovic, Stefan Schmid, Eva Ursprung



Protestaufruf: One Billion Rising, 14.2.2013, www.onebillionrising.org



„und diesmal hören wir nicht auf“

TEXT
Evelyn Schalk

Kalt und starr liegt der Sigmund-Freud-Park da, die Wege sind vereist und nur wenige queren die Fläche, die im Sommer gerne von Studierenden, SpaziergängerInnen und Geschäftsleuten der Umgebung als öffentlicher Erholungsraum genutzt wird. Man kann sich dort auf Gratis-Liegestühlen niederlassen, bevorzugt innerhalb jener Bepflanzung, die 1997 als „EU-Baumkreis“, anlässlich des 40jährigen Bestehens der Union, dort angelegt wurde und in deren Mitte sich ein Granittisch mit zehn Sitzgelegenheiten für die eben neu dazu gekommenen Mitglieder befindet. Dieser stehe „für gelebten Dialog und lädt zum Verweilen ein“.

Gerade mal einen Monat durften jene rund 40 Menschen im selbst errichteten Flüchtlingscamp verweilen, das sie dort am 24.11.2012 im Anschluss an einen Protestmarsch aus Traiskirchen aufgeschlagen hatten. Sie sind geflohen vor den Zuständen und Bedrohungen in ihren Heimatländern Afghanistan, Pakistan und Nordafrika: Besatzung, Grenzkonflikte, Chancenlosigkeit, Lebensgefahr - tagtäglich. Zustände, an deren Entwicklung der sogenannte Westen nicht unbeteiligt ist und die gerade in einer globalisierten Welt nicht abgetrennt vom Rest ebendieser, insbesondere Europas

und Nordamerikas, betrachtet werden kann.

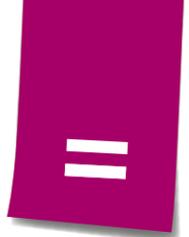
Gelandet sind sie, nachdem sie unzählige Kilometer hinter sich gebracht haben, im überfüllten „Auffanglager“, wo sie es nicht mehr hinnehmen wollten, unter Generalverdacht gestellt und wie Kriminelle behandelt zu werden, denen man die elementarsten Bürgerrechte verweigert. Am 28.12.2012 wurde das Camp im Sigmund-Freud-Park, kurz nach den wichtigsten Weihnachtsfeiertagen und passend zur entsprechenden FPÖ-Forderung, um 4 Uhr morgens von der Polizei geräumt und dem Erdboden gleich gemacht. Ein Vorgehen, für das bis heute niemand die Verantwortung übernehmen will, über welches das Boulevardblatt *Heute* aber durchaus rechtzeitig informiert worden war.

Jetzt ist der Park jedenfalls beinahe menschenleer. Die Protestierenden und Camp-Bewohner haben sich, nachdem ihr sämtliches Hab und Gut von Baggern in Schutt und Asche gelegt worden war, in die dahinter liegende Votivkirche zurückgezogen, wo sie seither ausharren und unbeirrbar grundlegende Menschenrechte, wie Arbeitserlaubnis und legalen Aufenthaltsstatus einfordern.

Ein- und Aussperren ...

Die Tore der Kirche sind geschlossen, die schweren Eisengitter zugezogen und versperrt. Dahinter drei Männer in Uniformen privater Security-Dienste, einer diskutiert mit zwei Besuchern, die vor dem Gitter stehen. Ich wende mich an den zweiten, schließlich





will ich hinein. Umgehend will man wissen, wer ich bin, Name, Ausweis, Medium. Die Informationen werden an den Kollegen weitergegeben. Ich frage, ob etwas passiert sei, ob es irgendwelche Zwischenfälle gegeben habe. Nichts dergleichen ist der Fall, das Prozedere hat bereits Routine. Ich erfahre, dass man mit der Caritas klären müsse, wer hinein darf. Ein Mitarbeiter ist auch schon zur Stelle, der mir freundlich aber nachdrücklich dieselben Fragen noch einmal stellt. Offenbar weiß er nicht recht, was er mit einer freiberuflichen Journalistin anfangen soll, muss wiederum einen Kollegen hinzuziehen, der wiederum telefoniert und mir schließlich das Handy durch die Gitterstäbe reicht – ich solle selbst mit der Verantwortlichen sprechen. Von dieser verlange ich nun Auskunft, wer für diesen Zirkus verantwortlich ist. Diese Information bekomme ich nicht, aber sie gibt ihr ok zum Öffnen des Tores. Ich trete ein, die beiden anderen Besucher diskutieren noch immer mit den Security-Leuten – eine Woche später wird selbst der Schriftstellerin Marlene Streeruwitz der Zugang zur Kirche verweigert.

Kurz müssen sich meine Augen an das gedämpfte Licht und die Dimensionen der Kirche gewöhnen; ich schaue mich um. „Die Leute sind dort drüben“, weist der erste Security-Mann nach rechts.

Kampf gegen Ignoranz und für Menschenrechte

Nun gehe ich auf das Matratzenlager an der Wand zu, das in den Weiten des kalten Raumes unscheinbar wirkt, fast verloren. Menschen sitzen in Gruppen zusammen, sprechen leise, an den Außenrändern und den Metern um die zusammengeschobenen Schlafsäcke, Decken, Unterlagen und Pölster herrscht etwas mehr Bewegung, Leute kommen dazu oder gehen wieder. Einige der Besetzer sprechen ein bisschen Deutsch oder (fließend) Englisch, alle sind einladend und offen. Khan Adalat ist einer von ihnen, wurde zu ihrem Sprecher gewählt, und ist auch mein erster Gesprächspartner. Er umreißt die Situation – seit einem Monat ist man nun hier, kämpft mit der Kälte und gegen die Ignoranz. Er bietet mir Platz nahe einem Heizstrahler an, gerade ist er in ein Gespräch mit einer Unterstützerin

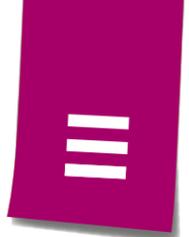
vertieft. Sie kommt von keiner NGO oder karitativen Organisation, sondern ist, wie einige andere auch, schlichtweg hier, um für die Leute da zu sein und zu helfen, wo es nötig ist. Fürsorglich breitet Khan, noch bevor ich erklären kann, wer ich bin und was ich wissen möchte, eine Decke über ihre und meine Knie und bedeutet mir auch die Hände darunter zu stecken um sie vor der beißenden Kälte zu schützen, die schon nach kurzer Zeit durch sämtliche Kleider dringt. Die Frau ist um den Gesundheitszustand Khans besorgt. Kurz nach der Camp-Räumung waren über 40 Männer in Hungerstreik getreten, wochenlang. Am 22. Jänner, völlig geschwächt, haben sie ihn unterbrochen. „Um Nachdenken und weiterplanen zu können“, aber auch um „den Verantwortlichen Zeit zum Handeln zu geben“.

Eiskalte Kirche

Ich höre zu und bekomme Erzählungen von Grenzkonflikten, Gewalt, jahrelanger Flucht, Ungewissheit, aber auch Entschlossenheit zu hören. Man bittet nicht um Almosen, sondern fordert schlichtweg die Einhaltung grundlegender Menschenrechte. Dazu zählen Zugang zum Arbeitsmarkt, qualifizierte Dolmetscher, ein legaler Aufenthaltsstatus, kurzum die Chance auf ein menschenwürdiges Leben. (1)

Somit erheben auch in Österreich – im Gegensatz zu anderen Ländern, in denen es schon seit über 20 Jahren immer wieder öffentliche Refugee-Proteste gibt (am bekanntesten wohl die der Sans Papiers in Paris, die übrigens massiv von Frauen getragen wurden (2)) – jene laut und unüberhörbar die Stimme, die dieses Unrechtssystem selbst betrifft. Und wie die Sans Papiers in den 1990ern sagen auch sie: „wir existieren, wir sind sichtbar“, statt sich wie bisher aus jeglicher Öffentlichkeit verdrängen und andere an ihrer Stelle sprechen zu lassen.

Doch genau das wird auch weiterhin versucht – gerade deshalb ist ihnen der Aufenthalt an einem öffentlichen Ort so wichtig. Ihr Protest ist etwas, das alle angeht, eine ganze Gesellschaft. Daher weigern sich die Flüchtlinge, in die Unterkünfte umzuziehen, die Caritas, Diakonie und andere anbieten. Oder die sie vielmehr nachdrücklich zum Umzug drängen. Jene wohltätigen Organisationen äußern sich immer



**Huger, Kälte, Ignoranz - aber auch Solidarität:
Die Flüchtlinge in der Votivkirche streiken für die
Realisierung ihrer Menschenrechte**

wieder besorgt über die „mensenunwürdigen Zustände“ (u.a. Michael Landau, Caritas-Direktor Wien) in der Kirche. Menschenunwürdig sind jedoch in erster Linie die Zustände des österreichischen Asylsystems. Und mag bei vielen MitarbeiterInnen tatsächlich christliche Nächstenliebe der Antrieb für ihr Engagement sein, das eigenständige Beharren auf Rechte trifft traditionell auf wenig Gegenliebe im katholischen Lager. So hätte der Pfarrer der Votivkirche Joseph Farrugia die Flüchtlinge lieber heute als morgen aus „seinem“ Haus geworfen, das sich auf der kircheigenen Homepage übrigens rühmt, ein „kosmopolitisches“ Gotteshaus zu sein: der „völkerumspannende Gedanke“ wird betont, die internationale Ausrichtung erwähnt sowie festgehalten, dass „ein seelsorgerischer Schwerpunkt (...) auf die Betreuung von ausländischen Besuchern gelegt“ werde. War die erste Intention Pfarrer Farrugias unmittelbar nach Beginn des Aufenthalts der Flüchtlinge in der Kirche, die Polizei mit der Räumung zu beauftragen, entschied er sich dann, wohl ob einiger zu befürchtenden Negativ-Schlagzeilen, noch dazu kurz nach Weihnachten, dem Fest der Herbergssuche, doch dafür, stattdessen die Caritas einzuschalten.

Klar definiert scheint übrigens, welchen internationalen Gästen die Sorge um den seelischen Komfort gilt - den zahlungskräftigsten. Denn, so informiert man auf der Homepage, Farrugia ist doch „Tourismusseelsorger der Erzdiözese Wien“.

Die Caritas sorgt nun jedenfalls für die Flüchtlinge - und für Kontrolle, u.a. die Zutrittssperre am Kircheneingang. Selbst von den UnterstützerInnen (3) lässt man nur maximal fünf Personen gleichzeitig zu den Flüchtlingen. Beamte des Verfassungsschutzes hielt dies hingegen nicht davon ab, wochen-

lang - wie später bekannt wurde - in der Kirche zu patrouillieren, in Zivil versteht sich. Wie es hingegen PressevertreterInnen ergehen kann, weiß ich mittlerweile aus eigener Erfahrung; aber wie sollen dann erst Menschen ohne „offizielle“ Funktion mit den Leuten in der Kirche in Kontakt treten? PassantInnen, Interessierte, Menschen, die einfach mit den Besetzern reden, über ihre Beweggründe diskutieren, schlichtweg kommunizieren und sich informieren wollen? Genau das sucht man ganz offensichtlich zu verhindern: einen unmittelbaren und kommunikativen Kontakt zur ansässigen Bevölkerung, wie er dem Abbau von Vorurteilen und Stigmatisierungen am förderlichsten und den Flüchtlingen so wichtig wäre. Deshalb beharren sie darauf, an einem öffentlichen Ort zu bleiben - und nehmen die Eingangskontrollen zwar notgedrungen hin, sind damit aber ganz und gar nicht einverstanden. „Nicht uns wollen sie schützen“, heißt es, „sondern die Leute draußen fernhalten“.

Hier wird Öffentlichkeit demontiert und damit auch die Rechte der als solche anerkannten BürgerInnen der Stadt unterminiert. Gleichzeitig versucht man Solidarisierung, wie sie gerade durch den persönlichen Kontakt entsteht, zu verhindern - im roten Wien, dessen Errungenschaften nur durch Solidarität und gemeinsamen Kampf für Arbeits-, Sozial- und Bildungsrechte gründen. Doch mit Auseinanderdividieren hat man in Österreich jahrhundertlang, für die jeweils Machthabenden





erfolgreiche, Herrschaftserfahrungen.

Auf einem der riesigen farbigen Bildglasfenstern ist unter den Figuren ein Bibelzitat zu lesen: „Ich ergänze in meinem Leben was für die Kirche an den Leiden Christi fehlt.“ Kol 1,24. Dann der Hinweis: „Widmung Ö.V.P. Kameradschaft der politisch Verfolgten“.

Trotz Minusgraden bleibt die Kirche praktisch unbeheizt.

Auf einem Flipchart zwischen den Schlafsäcken, nicht in Glaslettern, sondern rasch mit Textmarker, wurde geschrieben: Jesus was an Asylumseeker, too. (Jesus war auch Asylsuchender).

Hetztiraden und Drohungen statt Kommunikation

Die zuständige ÖVP-Ministerin Mikl-Leitner verweigerte von Beginn an konsequent jeden tatsächlichen Dialog. Damit liegt sie voll auf Parteilinie, denn nach zögerlichen Vorstößen von SP-Clubobmann Josef Cap in Richtung Arbeitserlaubnis nach sechs Monaten ließ diese unisono ausrichten, man werde „derartigen Aktionen“ keinesfalls nachgeben. Kurz darauf wird von Mikl-Leitner die Drohung in den Raum gestellt, möglicherweise würden durch den Protest entscheidende Termine in den Asylverfahren versäumt ...

In der ORF-Sendung „Im Zentrum“ am 27.1.2013 bot man unterdessen FPÖ-Vertreter Harald Vilimsky breiten Raum für seine Hetztiraden, die gleichzeitig von der völligen Unkenntnis bzw. Ignoranz von Fakten und Zusammenhängen zeugten und dessen Partei von Beginn der Proteste an das Motto „einsperren, zwangsernähren, abschieben“ vertrat. Neben ihm der brav assistierende Wolfgang Taucher, Leiter des Bundesasylamtes, der das österreichische Asylsystem in höchsten Tönen pries und am Ende der Sendung anmerkte, doch einst selbst bei der Caritas gewerkt zu haben. Gegenüber saßen eine kaum zu Wort kommende Ute Bock, deren Blicke Richtung Vilimsky jedoch allemal das nervenstrapazierende Verfolgen der Sendung wert waren, ihr zur Seite Autor Franzobel und Alev Korun, NR-Abgeordnete und Menschenrechtssprecherin der Grünen, die

schon zu Beginn kritisierte, dass die Besetzer selbst nicht anwesend sein durften, womit man wieder einmal über sie statt mit ihnen sprach. Das tat mit wenigen Sätzen wiederum ein Caritas-Vertreter, während Moderatorin Ingrid Thurnher vage darauf verwies, eine etwaige Anwesenheit der Flüchtlinge wäre zu kompliziert gewesen. Ja, Englisch-Dolmetscher zu finden, wie sie die meisten im ORF interviewten Prominenten dringender nötig haben, muss für den öffentlich-rechtlichen Sender wirklich eine schier unlösbare Aufgabe darstellen ...

Von Risiken, Mut und Selbstermächtigung

Trotz aller Widrigkeiten oder wohl gerade deswegen: Aufgeben will in der Motiv-Kirche niemand. Deutschkurse werden organisiert, kaum dass die Leute Zettel und Stift auf den Knien balancieren und zwischen den klammen Fingern zu halten vermögen, doch sie sind mit Begeisterung bei der Sache. Trotz allem noch lachen und scherzen zu können, gehört genauso zur Überlebenstechnik – wie sonst wäre die Lage auch dauerhaft auszuhalten?

Die Temperaturen sind konstant unter Null und sinken weiter, alle tragen Jacken, Hauben, Handschuhe, was immer verfügbar ist. Seit einem Monat harrt man am eisigen Kirchenboden aus, von dem die Menschen nur ein paar Matratzen und Schlafsäcke trennen. Selbst die hatte man zu Beginn des Camps nicht, schon gar nicht solche, die derartigen Bedingungen dauerhaft standhalten. Der Arzt Michael Hüpfel von den Johannitern betreut die Besetzer bereits von Beginn an medizinisch. Die Zusammenarbeit der evangelischen mit den katholischen Institutionen laufe gut, politische Statements gebe seine Organisation nicht ab. Er wolle sicherstellen, dass die medizinische Versorgung der Menschen bestmöglich gewährleistet ist. „Sie sollen wissen, dass wir, egal wofür sie sich entscheiden, für sie da sind“. Nur Durststreiks, die nach kürzester Zeit schwere gesundheitliche Schäden auslösen, Selbstverletzungen und ähnliches dürfe er auch nach internationalen Richtlinien nicht unterstützen. Gleichzeitig betont er, auf die Einhaltung von Patientenrechten zu achten, „darauf hat jeder Anspruch, völlig egal ob in einem Krankenhaus oder hier.“ Während des Hungerstreiks



standen viele auf der Kippe und er lässt ausrichten: „Wir haben es einen Monat lang geschafft, alle ohne bleibende gesundheitliche Folgen durchzubringen, aber ich sage es gleich: noch einmal geht das nicht.“

Die Flüchtlinge sind jedoch, egal ob Ärzte, kirchliche Organisationen oder politische FunktionsträgerInnen das Gegenteil versuchen, entschlossen: Ändert sich bis zum 1. Februar nichts, will man den Hungerstreik wieder aufnehmen – „und diesmal hören wir nicht mehr auf.“

Und tatsächlich ist es kurz darauf soweit, die politischen VerantwortungsträgerInnen haben sich keinen Zentimeter bewegt, weiterhin wird versucht, die Protestierenden aus der Öffentlichkeit zu drängen. Die Konsequenz: Seit heute, 1.2.2013 befinden sich die Flüchtlinge in der Votivkirche wieder im Hungerstreik.

Doch auch die Solidarisierung von unterschiedlichsten Seiten hält weiter an und wird zusehends breiter, man hält Kontakt mit Refugee-Protesten in ganz Europa, zahlreiche Institutionen und Prominente, darunter Elias Bierdel, Susanne Scholl, Jean Ziegler, Josef Hader, Doron Rabinovici, Cornelius Obonya, Peter Waterhouse, Elfriede Jelinek u.v.a. haben ihre Unterstützung kund getan, die Streikenden besucht, mit ihnen in der Kirche übernachtet und weiterhin werden permanent öffentliche Appelle an die EntscheidungsträgerInnen gerichtet. Am 16. Februar wird es rund um den Globus in zahlreichen Städten Großkundgebungen und öffentliche Aktionen geben, um grundlegende Veränderungen im System zu erreichen, weitere Proteste sollen folgen.

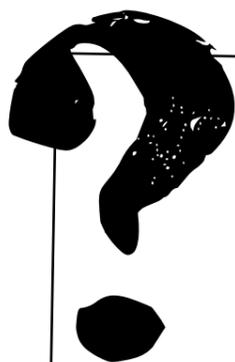
„Die Stimme des Intellekts ist leise“, steht unweit der Votivkirche auf einem, erst 1985 installierten, Gedenkstein für den weltberühmten Begründer der Psychoanalyse Sigmund Freud, zu lesen. Als ich durch das Tor wieder nach draußen trete, hat man sich entschieden, die Gitter für eine Frau, die auf der anderen Seite steht, zu öffnen – „eine Asylanwältin kann man schon rein lassen“. Das vollständige

Freud-Zitat lautet: „(...) die Stimme des Intellekts ist leise, aber sie ruht nicht, ehe sie sich Gehör geschafft hat. Am Ende, nach unzählig oft wiederholten Abweisungen, findet sie es doch. Dies ist einer der wenigen Punkte, in denen man für die Zukunft der Menschheit optimistisch sein darf (...)“, schrieb er in seinem Londoner Exil 1927. Beinahe hundert Jahre später ist dieses Ziel noch immer nicht erreicht, doch den Umständen und ihren Verantwortlichen, die dies systematisch zu verhindern versuchen, die Menschen zu Illegalen erklären, in Lager sperren und sich um keine Zukunft außer ihrer eigenen scheren, wird nun Widerstand geleistet. 



Laufend aktuell: <http://refugeecampvienna.noblogs.org>

- (1) Genauer: Grundversorgung für alle AsylwerberInnen, freie Wahl des Aufenthaltsortes, Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildungsinstitutionen und Sozialversicherung, Stopp aller Abschiebungen nach Ungarn und aller Abschiebungen im Zusammenhang mit der Dublin 2-Verordnung, die Einrichtung einer unabhängigen Instanz zur inhaltlichen Überprüfung aller negativ beschiedenen Asylverfahren; und die Anerkennung von sozioökonomischen Fluchtmotiven neben den bisher anerkannten Fluchtgründen.
- (2) Vgl. (u.a.): Madjiguène Cissé: Papiere für alle, Berlin: Assoziation A, 2002.
- (3) Paradox, dass gerade denen, die keinerlei offizielle Funktionen innehaben, immer wieder eine Instrumentalisierung der Flüchtlinge unterstellt wird. Mit der gängigen Strategie, selbstständige Proteste als inszeniert darzustellen, wird versucht, diese zu demontieren (vgl. auch (2) Madjiguène Cissé) und erst durch derlei Vorgehen (!) werden die Proteste tatsächlich für eigene politische Zwecke missbraucht, sowie darüber hinaus von den tatsächlichen Inhalten abgelenkt. Die Flüchtlinge selbst zeigten sich jedenfalls entsetzt darüber und laden zum persönlichen Gespräch – „alle Menschen können gerne vorbei kommen und sich vom Gegenteil überzeugen lassen.“



ausreißer: Ist zu erwarten, dass sich die freie Kulturszene hinsichtlich der bereits erfolgten und erneut hinzukommenden Sparmaßnahmen zur Wehr setzt? In welcher Form können Kulturschaffende streiken, sodass unmittelbar klar wird, welche Auswirkungen es hat, wenn sie die Arbeit niederlegen?

Anita Hofer, IG Kultur Steiermark: „Selbstverständlich kann auch im Kulturbetrieb gestreikt werden! Dies kann auf die verschiedenste Art und Weise der Fall sein. Wenn wir unangekündigt Schließtage einführen und die Leute vor verschlossenen Türen stehen, mit der Aufschrift ‚Wir streiken!‘ wird der Verlust ganz unmittelbar spürbar. Denkbar ist auch, von Produktionen – CDs, Theateraufführungen etc. – demonstrativ ein Viertel wegzulassen, also ein Stück, das z.B. regulär eine Stunde dauert, nach einer dreiviertel Stunde abubrechen und den Leuten zu sagen: Wenn ein Viertel der Gelder wegfällt, kostet das eben auch ein Viertel der Vorstellung. Solche Aktionen müssen spartenübergreifend erfolgen: nicht einzeln, sondern konzentriert zusperren, da entsteht definitiv ein Loch. Wir werden das auch nicht großartig ankündigen, sondern schlichtweg handeln. Nicht drohen, sondern durchziehen lautete die Devise! Ich bin mir sicher, da formiert sich breite Solidarität von Seiten des Publikums, denn der Politik ist alles wurscht, solange die Öffentlichkeit nicht schreit.“

IMPRESSUM

Chefredakteurin: Evelyn Schalk
Redaktion: Ulrike Freitag, Gerald Kuhn
AutorInnen: Joachim Hainzl, Anita Huber, Ralf B. Korte, Stefan Palaver, Eva Ursprung, Gerold Zuderstorfer
Gestaltung: Andreas Brandstätter

VERLEGER UND HERAUSGEBER:
ausreißer – Grazer Wandzeitung. Verein zur Förderung von
Medienvielfalt und freier Berichterstattung

KONTAKT:
Post: ausreißer – Grazer Wandzeitung, c/o Forum Stadtpark,
Stadtpark 1, A – 8010 Graz,
Telefon: +43 (0)316/827734-26,
Evelyn Schalk: +43 (0)676/300933
Email: ausreisser@gmx.at, schalk@mur.at
Internet: <http://ausreisser.mur.at>
Newsletter: <http://ausreisser.mur.at/newsletter>

Der ausreißer ist ein offenes Medium, die Zusendung von Beiträgen somit herzlich erwünscht, die Publikationsauswahl liegt bei der Redaktion, es erfolgt keine Retournierung der eingesandten Beiträge.

Die AutorInnen zeichnen für die Inhalte ihrer Beiträge selbst

verantwortlich, die darin vertretenen Positionen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wider.

© Die Rechte verbleiben bei den AutorInnen.

Da der ausreißer auf Anzeigenschaltung verzichtet um tatsächlich unabhängig publizieren zu können, ist Eure Unterstützung besonders wichtig:

Kontonummer: 50094094554, BA/CA, BLZ 12000

STANDORTE:

Kunsthaus Graz, Schlossbergplatz Graz, Geidorfkino, Forum Stadtpark, Passage Palais Trauttmansdorff, Uni-Hauptbibliothek (Foyer), Bibliothek der Pädagogischen Hochschule Hasnerplatz, das andere Theater, Fassade der Kirche St. Andrä, Fassade BAN – Sozialökonomischer Betrieb, KiG! – Kultur in Graz, Steirischer Dachverband der offenen Jugendarbeit, Jugendtreffpunkt Dietrichskeusch´n, Jugendzentrum Mureck (JUZ), Theaterzentrum Deutschlandsberg, Marktplatz Deutschfeistritz, Landhaus Feuerlöscher (Prenning)

Der ausreißer ist als kostenlose Faltausgabe zum Mitnehmen sowohl an den oben genannten Standorten als auch bei zahlreichen weiteren Kunst-, Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen sowie in Cafés etc. erhältlich!

THEMA DER NÄCHSTEN AUSGABE: Kaviar für alle!